

Polen: Aufstands-Überlebende kritisieren homophoben Bischof

In einer Predigt zum Jahrestag des Aufstands hatte der Krakauer Erzbischof gewarnt, Polen werde heute von einer "Regenbogen-Pest" bedroht. Frühere Widerständler reagierten jetzt mit einer empörten Stellungnahme.



Denkmal des Warschauer Aufstandes vor dem Obersten Gericht des Landes in Warschau.

In einer knappen wie deutlichen Stellungnahme haben sich noch lebende Beteiligte des Warschauer Aufstands 1944 mit "Empörung" gegen eine Predigt von Marek Jedraszewski gewandt. In einer Messe zum 75. Jahrestag des Beginn des Aufstands hatte der Krakauer Erzbischof am 1. August den Kampf der Aufständischen gegen die deutsche Besatzungsmacht gewürdigt und davor gewarnt, dass Polen nach der "roten Plage" des Kommunismus nun von der "LGBT-Ideologie", der "Regenbogen-Pest", bedroht werde.

"Wir wissen nicht, wie viele Menschen es – unter unseren Freunden – gab, denen der Schöpfer die heute als LGBT bezeichneten Eigenschaften verlieh", heisst es in der Erklärung der einstigen Widerstands-Kämpferinnen und -Kämpfer. "Wir wissen nur, dass sie unter uns waren, gekämpft haben und gestorben sind. Und sie verdienen Erinnerung, Respekt und Gebet. Die Worte des Erzbischofs, denen wir als Christen und Mitaufständische zutiefst entgegenstehen, haben damit nichts zu tun."

Als Initiatorin der Antwort auf den Erzbischof gilt die heute 92-jährige bekannte Autorin und Übersetzerin Anna Przedpelska-Trzeciakowska, die als Krankenschwester unter dem Pseudonym "Grodzka" am Aufstand beteiligt war. Zu weiteren Unterzeichnenden gehören Wanda Traczyk-Stawska ("Paczek"), Anna Jakubowska ("Paulinka"), Krystyna Zachwatowicz ("Czyzyk") und die Vize-Präsidenten der Vereinigung der Widerstandskämpfer, Halina Jedrzejewska ("Slawka") und Zbigniew Galpery ("Antek").

Bei der grössten Erhebung gegen deutsche Besatzer in Europa während des Zweiten Weltkriegs hatten rund 45'000 Widerständler 63 Tage lang gekämpft. Nach einigen Erfolgen musste sich die Polnische Heimatarmee schliesslich ergeben, während die Rote Armee nicht in die Kämpfe eingegriffen hatte. Die Nazis zerstörten grosse Teile der Stadt und verübten Massenmorde an der Zivilbevölkerung. Der Aufstand wurde mehrfach verfilmt und in der Stadt mit einem Denkmal am Obersten Gericht und einem Museum gewürdigt. Die Rolle von LGBT beim Warschauer Aufstand wurde bislang kaum erforscht.

Kirche und Regierung gegen LGBTI(-"Ideologie")

"Die rote Plage hat unser Land nicht mehr im Griff, was nicht bedeutet, dass es keine neue gibt, die unsere Seelen, Herzen und unseren Verstand kontrollieren will", hatte Jedraszewski in der Predigt in Anspielung auf den Kommunismus gemeint. Die neue Bedrohung sei "nicht marxistisch, bolschewistisch, sondern aus dem gleichen Geist geboren: neomarxistisch." Sie sei "nicht rot, sondern Regenbogen", so der Bischof. Die Gräber der polnischen Freiheitskämpfer spornten "uns an, uns zu verteidigen und echte Freiheit zu verteidigen".

Die Predigt hatte grosse Aufmerksamkeit und Kritik erhalten, in Krakau und Warschau hatte es Kundgebungen gegen die Worte des Bischofs gegeben. Angesichts dieser Proteste hatte die Bischofs-

konferenz in dieser Woche vor einem "Ideologischen Totalitarismus" durch LGBTI-Aktivisten gewarnt und ihren Widerstand gegen eine "LGBTI-Ideologie" und Rechte für homo- und transsexuelle Personen bekräftigt.

In Polen schwelt seit Monaten ein gezielt geschürter Kulturkampf: Nachdem sich der Warschauer Stadtpräsident Rafal Trzaskowski im Frühjahr in einer "Regenbogen-Erklärung" unter anderem für eine umfassende und LGBTI-inklusive Sexualaufklärung an Schulen verpflichtete, machte die regierende Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) daraus ein Thema zum damaligen Europa- und nun bevorstehenden Parlamentswahlkampf: "Die LGBT- und Gender-Bewegung bedroht unsere Identität und unsere Nation", meinte etwa der Parteivorsitzende Jaroslaw Kaczynski im April. Inzwischen haben mehrere PiS-geführte Gemeinden und Regionen Resolutionen gegen eine "LGBT-Ideologie" beschlossen, ein PiS-nahes Politik-Magazin verteilte gar Aufkleber mit dem Aufdruck "LGBT-freie Zone".

Im Rahmen dieses Klimas war es vor drei Wochen zu schweren Ausschreitungen gegen den ersten CSD in Bialystok gekommen. Bereits nach dem CSD hatten der Verband der ehemaligen Warschauer Widerstandskämpfer zusammen mit der "Stiftung zur Erinnerung an die Helden des Warschauer Aufstands" eine offizielle Erklärung abgegeben: "Es kann kein Einverständnis geben zur Demütigung sexueller Minderheiten in einem Land, in dem Homosexuelle von Faschisten wegen ihrer 'Unterschiede' getötet wurden." Die Stellungnahme kritisierte, dass Nationalisten teilweise das Symbol des Widerstandes genutzt hatten, und forderte ein Handeln gegen den Hass, bevor es "zu spät" sei, "bevor wir die Fehler vom Zweiten Weltkrieg wiederholen, als die kranke Ideologie der Ausgrenzung den menschlichen Verstand überschwemmte".

An diesem Samstag blieb es beim ebenfalls ersten CSD in Plock weitgehend friedlich, da die Polizei rund 100 nationalistische Gegendemonstranten im Griff hatte. Der Europaabgeordnete Rasmus Andresen von den deutschen Grünen betonte nach seinem Besuch des CSD: "Die Situation von LGBTI* in unserem Nachbarland Polen wird immer schlimmer. Während die polnische Regierung sowie Vertreter der katholischen und orthodoxen Kirche durch hasserfüllte und abwertende Sprache polnische LGBTI* diskriminieren, wenden Hooligangruppen aktiv Gewalt an." Die EU müsse hier mehr Einsatz zeigen.

queer.de / 11.8.2019